



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: „Wir wollen kein Sozialdumping. Wir stehen für ein soziales Europa“

SPD ruft zu Demonstrationen der Gewerkschaften auf

Berlin/Viernheim, 30. Januar 2006 – Am Rande der Sitzung des SPD-Parteirats am Montag begrüßte die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete die Entscheidung des Parteirats zur geplanten Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union: „Wir stehen für ein soziales Europa ohne Sozialdumping. Deshalb unterstützen wir den Aufruf der Gewerkschaften zu den Demonstrationen für eine soziale Ausgestaltung der Dienstleistungsrichtlinie der EU am 11. Februar in Berlin und am 14. Februar in Straßburg“.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments müssen im Februar über den Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie abstimmen. „Das ist eine wichtige, richtungsweisende Entscheidung“, so Lambrecht. „Die Position der SPD ist hier eindeutig. Die Öffnung der Dienstleistungsmärkte darf nicht dazu führen, dass ein Wettlauf um die geringsten Löhne, Sozial- und Umweltstandards stattfindet. Sie darf auch nicht zur Zerschlagung des Arbeitsrechts der einzelnen Länder führen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter dürfen nicht zu rechtlosen Menschen werden. Wir lehnen auch eine Liberalisierung der Daseinsvorsorge ab. Das Herkunftslandsprinzip darf nicht Grundlage einer europäischen Dienstleistungsrichtlinie sein“.

Christine Lambrecht rief die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, in diesem Sinne abzustimmen. „Eine Richtlinie die die beschriebenen Konsequenzen mit sich bringen würde, wäre eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Europas und ein Angriff auf die Grundfesten des Europäischen Sozialmodells“, so Lambrecht. Wie bei der Abstimmung über das EU-Hafenpaket werden sich die SPD-Abgeordneten im EU-Parlament für die Interessen der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen, ist sich Lambrecht sicher.